

BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

der Landtagsabgeordneten Dr. Monika Vana, DI Martin Margulies (GRÜNE) und
FreundInnen eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 28. Juni 2001
zu Post 18 der heutigen Tagesordnung

betreffend Bekämpfung des Schwarzunternehmertums

BEGRÜNDUNG

Wirkungsvolle Maßnahme gegen illegale Beschäftigung müssen sicherstellen, dass die betroffenen ArbeitnehmerInnen nicht kriminalisiert werden sondern geschützt sind. Es geht darum, ordnungsgemäß angemeldete Beschäftigung zu fördern und die Zahl der illegal Beschäftigten zu verringern. Dazu müssen Anreize geschaffen werden, illegal Beschäftigte aus der Illegalität zu holen. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Schaffung von Rechtssicherheit für illegal Beschäftigte, die Selbstanzeige vornehmen, sowie die Sicherstellung, dass ihnen als Folge dieser Selbstanzeige keine wie immer gearteten Nachteile erwachsen (bspw. Verlust der Aufenthaltsgenehmigung).

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Landtag der Stadt Wien folgenden

ANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag fordert die Bundesregierung auf, zur Bekämpfung des Schwarzunternehmertums (= Unternehmen, die Menschen ohne ordnungsgemäße Anmeldung bei der Sozialversicherung beschäftigen) wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen.

Dabei sind insbesondere für ausländische ArbeitnehmerInnen Vorkehrungen zu treffen, die im Fall der Selbstanzeige bei der Sozialversicherung Rechtssicherheit garantieren und die Betroffenen zur Wahrung ihrer Ansprüche vor Verlust der Aufenthaltsgenehmigung schützen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 28. Juni 2001